



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bis zum Sommer wird die Bildungssenatorin einen Schulentwicklungsplan vorlegen. Die Bildungsdeputation hat dafür einen Fachausschuss eingerichtet. GEW, Personalrat, Schulleiter-Vereinigung und Beamtenbund nehmen zusammen mit dem ZEB als nicht stimmberechtigte Gäste an den Beratungen teil.

Das Ziel des Ausschusses ist es, der Kopplung von sozialer Herkunft und Schulerfolg entgegenzuwirken und die Qualität von Schule und Unterricht zu verbessern. Diese Zielrichtung unterstützen wir.

Fakt ist, dass die Schwachen in dieser Stadt wie im selektiven Schulsystem Deutschlands insgesamt benachteiligt sind. Kein Bundesland weist derart große soziale Probleme auf wie der Stadtstaat Bremen. Bremen driftet auseinander. Zunehmend entmischen sich die Stadt und die Stadtteile. Die Schere zwischen arm und reich wird größer. **Diese Entwicklung** spiegelt sich in den Schulen wieder und wurde durch die Bildungspolitik der letzten 12 Jahre begünstigt.

Dass folglich die Leistungsdaten **im PISA-Test schwächer ausgefallen sind als anderswo, ist nicht wirklich** erstaunlich. Dem hätte **nur** durch eine andere Politik begegnet werden können. Die Senatspolitik der letzten 12 Jahre **hingegen** hat durch ihre Maßnahmen diese negative Entwicklung befördert:

1.) Mit der Aufhebung der Schulbezirke in der Sekundarstufe I und der frühen Trennung der Kinder ab Klasse 5 wurde eine Konkurrenzsituation geschaffen. Konkurrenz bringt es mit sich, dass erwartungsgemäß dabei die Schwächsten verlieren: Die externen Evaluatoren haben in ihrem jetzt veröffentlichten Bericht auf Restklassen in Sekundarschulen und 6-jährigen Grundschulen hingewiesen. Die GEW konnte im Fachausschuss verdeutlichen, dass das Schulsystem am seinem schwächsten Rand wächst. Die **Förderzentren weisen steigende Schülerzahlen** auf. Darauf hat im Fachausschuss **ausschließlich die GEW** hingewiesen. Für die GEW kommt nur eine Schulentwicklung in Frage, die diese Schülerinnen und Schüler an den Sonderschulen nicht ausklammert sondern ihre Integration vorantreibt. Die Bildungsbehörde hat hingegen bisher bei ihren vorgelegten Berichten im Fachausschuss über die derzeitige Situation die Sonderschulen ausgespart. Das muss sich ändern!

- 2.) Im Fachausschuss Schulentwicklung wurde eingestanden, dass Bremen als einziges Bundesland aufgrund der Haushaltspolitik seine Schüler-Lehrer-Relation verschlechtert hat, während überall sonst diese verbessert wurde. Wenn mittlerweile immer wieder gebetsmühlenartig hervorgehoben wird, seit PISA hätte sich hier viel Positives getan, so muss man feststellen, dass einer der wesentlichsten Faktoren, die Lehrerversorgung sich verschlechtert hat. Eine Folge ist u.a. **weniger** Förderung von Migrantenkindern bei steigendem Migrantenanteil.
- 3.) Durch die Anhebung der Unterrichtsverpflichtung unter der Senatorin Bringfriede Kahrs und die vielen zusätzlichen Aufgaben, die Willi Lemke uns zugemutet hat, haben sich die **Bedingungen für guten Unterricht objektiv** verschlechtert. Zusätzlich wirken die zugespitzten sozialen Probleme (Armut, Arbeitslosigkeit, mangelnde Mittel und Konzepte bei der Migration) auch in die unterrichtliche Arbeit hinein und erfordern nicht nur mehr pädagogisches Handeln von uns in der täglichen Arbeit.

Da empfinde ich es als besonders perfide, wenn - wenn Prof. Baumert auf der ersten öffentlichen Veranstaltung des Fachausschusses die Bremer Lehrerinnen und Lehrer pauschal zu den Hauptschuldigen an der Misere erklärt. Das begründet er dann auch noch mit falschen Zahlen, nämlich der angeblichen Spitzenposition Bremens bei den Sitzenbleibern. Die hat übrigens nicht Bremen sondern Bayern inne. Aber der Vorwurf wurde erhoben und spukt seitdem durch die Presse.

Steckt dahinter und der Lancierung dieser These eine Strategie? Ich meine ja.

Wir Lehrkräfte sollen als Sündenböcke für die Folgen herhalten, die durch bewusste politische Entscheidungen der vergangenen Bremer Regierungen herbeigeführt worden sind. Notwendig ist eine bessere Ausstattung der Schulen und die Entwicklung des Schulwesens in Richtung einer Schule für alle. Das hat nicht nur die GEW, sondern das haben auch der UNO-Sonderbotschafter Munoz und der vom Fachausschuss ausgeladene OECD-PISA-Leiter Andreas Schleicher unterstrichen.

Aber eine solche Politik kostet **einerseits Geld** und **andererseits** muss der Konflikt um das gegliederte Schulsystem geführt werden. Viele leichter ist es da, den angeblich Schuldigen, nämlich uns, zusätzliche Aufgaben wie verpflichtende Fortbildungen und Umbau der Schulen zum Nulltarif aufzudrücken, um angeblich damit die Situation zu verbessern..

Die GEW wird dagegen halten. Wir müssen aufpassen, dass nicht wieder faule Kompromisse auf unsere Kosten beschlossen werden. Höhere Belastungen für uns lehnen wir ab. Sie schaden nicht nur unserer Gesundheit sondern auch der Qualität der Bildung. Wenn Schulen sich verändern, brauchen sie Unterstützung.

So kann die Umwandlung einer Schule in Richtung Integration nicht nebenbei erfolgen. Die den neuen Integrierten Stadtteilschulen einmalig gegebenen 6 Planungsstunden im ersten Jahr sind vollkommen ungenügend.

Der Fachausschuss wird einen Schulentwicklungsplan beschließen. Die Verantwortung dafür liegt nicht bei uns, sondern bei der Bildungssenatorin und den Bildungspolitikern der Parteien. Wir als GEW wollen uns aber in diesen Prozess einbringen, damit auch die Forderungen und Ideen der KollegInnen an den Schulen in die Debatte einfließen. Deshalb bereitet die GEW eine Tagung zur Schulentwicklung vor, zu der wir euch nach den Osterferien einladen werden.

Unsere Forderungen sind:

- 1.) Integrative Arbeit muss durch die Zuweisung von zusätzlichen Lehrerstunden gefördert werden. Notwendig sind Planungsstunden und die Senkung der Klassenfrequenzen für alle Schulen, die auf eine gemeinsame Schule bis zur 10. Klasse hinarbeiten. Das gilt genauso für Gymnasien, wenn sie integrative Konzepte für auch ihre heterogene Schülerschaft entwickeln.
- 2.) Allen Schulen müssen zusätzliche Förderstunden zugewiesen werden, um dem „Abschulen“ und Sitzenbleiben durch pädagogische Maßnahmen entgegenzuwirken.
- 3.) Damit das qualifizierte Lehren in der Form von Binnendifferenzierung in heterogenen Lerngruppen ausgeweitet wird, sind entsprechende Fortbildungsangebote zentral zu entwickeln, den Lehrkräften dafür Entlastungen zu gewähren und ihnen Zeit zu geben, damit sie ihren Unterricht schrittweise in diese Richtung verändern können.

Und schließlich erwarten wir von Senatorin Renate Jürgens-Pieper angesichts der Angriffe auf uns Lehrkräfte, öffentlich entschieden dieser Meinungsmache, wie sie Herr Baumert jetzt entfacht hat, entgegenzutreten!

Harry Eisenach